

► 30 Prozent. Insgesamt hat Strnad damit 3,3 Milliarden Euro eingesammelt.

Als sicher gilt der Börsengang des Leopard-Panzerbauers KNDS. Eigentümer sind je zur Hälfte der französische Staat und die drei Familien Bode, Braunbehrens und Sethe, die auf der Liste der reichsten Familien Deutschlands Platz 24 einnehmen, aber die Öffentlichkeit meiden wie Panzerbauer den Frieden.

Der geheimnisumwitterte Clan sieht gerade jetzt den richtigen Zeitpunkt, um sich durch einen Börsengang schrittweise aus dem Rüstungsunternehmen zurückzuziehen. Verständlich. Die mit dem IPO beauftragten Banken haben KNDS mit 20 Milliarden Euro bewertet.

Und nicht zuletzt hat der österreichische Industrielle Michael Tojner mit Asta Energy Solutions Ende Jänner in Frank-

furt einen höchst erfolgreichen Börsengang aufs Parkett gelegt. Der Verkaufserlös von 45 Prozent des auf Kupferkomponenten für die Energieinfrastruktur spezialisierten Unternehmens betrug 190 Millionen Euro. Abzüglich der 55 Millionen Euro für Kernaktionäre wie Siemens Energy, die sich bereits im Vorfeld beteiligt haben, war der IPO für Tojner ein solides Geschäft. **T**

„Wir haben einen Belastungsrekord“

Christoph Boschan, CEO der Wiener Börse, über kommende IPOs, zu wenig Vorsorge über den Kapitalmarkt und die zu hohe Besteuerung von Aktiengewinnen.

TREND: Heimische Unternehmen wie Bitpanda, Inneo oder Asta Energies planen IPOs oder haben ihn bereits durchgeführt. Wären das nicht geeignete Kandidaten für den Wiener Markt?

CHRISTOPH BOSCHAN: Auch in „unserer“ Pipeline gibt es Kandidaten. Wir sind als Infrastrukturanbieter der absoluten Diskretion verpflichtet. Die Wahl des Handelsplatzes liegt beim Unternehmen und seinen Eigentümern. In diese Entscheidung fließen viele unterschiedliche Faktoren ein.

Wieso wird hierzulande privates Kapital zur Unternehmensfinanzierung so wenig geschätzt? Österreich ist traditionell gut kreditversorgt und die Fremdkapitalfinanzierung ein wichtiger Teil des Finanzierungsspektrums. Für Innovationsfinanzierung braucht es Eigenkapital. Größte Wirksamkeit würde eine stärkere Einflechtung des Kapitalmarkts in das Pensionssystem erzielen. Wer Zukunftstechnologien auch in Europa verankern will, sollte Kapital und Rahmenbedingungen bereitstellen und löst mehrere Herausforderungen zugleich: Unternehmen finanzieren Innovation, Pensionen profitieren vom unternehmerischen Wachstum, und die klaffenden Budgetlöcher werden gestopft.



ZUR PERSON. CHRISTOPH BOSCHAN ist seit 2016 Vorstandsvorsitzender der Börsengruppe Wien und Prag. Zuvor war er Joint-CEO bei der Börse Stuttgart und Vorstand der Euwax. Der Vertrag von Boschan wurde gerade um fünf weitere Jahre verlängert.

Bei jungen Menschen wächst das Interesse an Aktien und ETFs sehr stark. Wird dieser Trend von der Regierung ausreichend unterstützt? Es gibt leider keine Anreize. Wir verlieren hier als Österreich zunehmend den Anschluss. Deutschland reformiert gerade die private Alters-

vorsorge, unter anderem mit privaten Investitionskonten. Polen hat das in ähnlicher Ausgestaltung kürzlich in die Wege geleitet. Zahlreiche andere europäische Länder erschließen für die Altersvorsorge bzw. für ihre Pensionssysteme schon seit längerem Aktienrenditen: In Schweden fließen ca. 2,5 Prozent des Einkommens in Fonds, Dänemark verfügt über eine betriebliche Altersvorsorge, an der 90 Prozent der Bevölkerung partizipieren, und Norwegen hat seinen Staatsfonds. Diese Länder stellen ihre Pensionssysteme zukunftssicher auf. Österreich landet in allen internationalen Nachhaltigkeitsvergleichen stets auf den letzten Plätzen.

Die Abschaffung der Wertpapier-KEST ist in Österreich vom Tisch, dafür droht eine Vermögenssteuer. Stärkt das den Wirtschaftsstandort Österreich? Aus Sicht österreichischer Anleger sind Aktiengewinne letztlich mit über 50 Prozent besteuert. Das ist ein internationaler Belastungsrekord und auch repräsentativ für das derzeitige historische Hoch beim Steuer- und Abgabenniveau. Gleichzeitig sind unsere Arbeits-, Energie- und Bürokratiekosten nicht mehr wettbewerbsfähig und Produktivitätszuwächse praktisch nicht mehr vorhanden. Die Inflation ist seit zehn Jahren deutlich über dem Durchschnitt der Eurozone. Eine Stärkung des Standorts kann durch gezielte Steuersenkungen geschehen. Hier schlummert Österreichs Wachstumsreserve, indem fast 350 Milliarden Euro wenig bis gar nicht verzinsten Bankguthaben endlich durch die richtige Kapitalmarktpolitik sinnvoll für Investitionen aktiviert werden.